

Ressort: Gesundheit

Zeitung: Verweigerern von Impfberatung droht ab Juni Geldstrafe

Berlin, 26.05.2017, 00:00 Uhr

GDN - Eltern von Kita-Kindern droht 2.500 Euro Strafe, wenn sie sich der verpflichtenden Impfberatung verweigern. Das ist Konsequenz eines Epidemiologie-Gesetzes, das am 1. Juni im Bundestag abschließend beraten wird, berichtet die "Bild" (Freitag).

Danach sollen Kitas verpflichtet werden, Eltern den Gesundheitsämtern zu melden, die eine Impfberatung ausschlagen. Die Ämter können dann Strafen verhängen. "Dass noch immer Menschen an Masern sterben, kann niemanden kalt lassen", sagte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe der "Bild". "Deshalb verschärfen wir jetzt die Regelungen zum Impfschutz."

Bericht online:

<https://www.gemandailynews.com/bericht-89875/zeitung-verweigerern-von-impfberatung-droht-ab-juni-geldstrafe.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com